

Sitzungsvorlage

Drucksache Nr. 635/2020

Teningen, den 18. Mai 2020

Federführender Fachbereich: FB 2 (Planung, Bau, Umwelt)

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Gemeinderat (öffentlich)	26.05.2020	Beschlussfassung

Betreff:

Beitritt zur Initiative Motorradlärm

Es wird folgende Beschlussfassung vorgeschlagen:

Die Gemeinde Teningen begrüßt die vom Land Baden-Württemberg, den Landkreisen und den Kommunen gestartete Initiative und tritt dieser bei.

Erläuterung:

Initiative Motorradlärm

Motorradlärm ist eine zunehmende Herausforderung – nicht nur für Anwohnerinnen und Anwohner, sondern auch für die Kommunen. Für Erholungssuchende ist die Lärmbelastung ein erhebliches Problem, insbesondere an landschaftlich reizvollen und kurvigen Strecken, z.B. im Ortsteil Landeck. Der Nutzungskonflikt zwischen Erholung und Motorradlärm tritt typischerweise verstärkt bei schönem Ausflugswetter nach Feierabend und am Wochenende bzw. an Feiertagen auf.

Am 29. Juli 2019 fiel der Startschuss für die gemeinsame Initiative Motorradlärm von Land und Kommunen. Initiiert durch den Lärmschutzbeauftragten, Thomas Marwein, und die Bürgermeisterin von Sasbachwalden, Sonja Schuchter, haben sich 29 Kommunen zusammengeschlossen, um dem weit verbreiteten Problem in der Öffentlichkeit mehr Gewicht zu verleihen. Es wurde vereinbart, unter Federführung des Verkehrsministeriums einen gemeinsamen Forderungskatalog zur Reduzierung von Motorradlärm zu erarbeiten und damit an politische Entscheidungsträger beim Bund und der Europäischen Union heranzutreten.

In einer Arbeitssitzung mit über 70 Vertretern von Gemeinden und Landkreisen am 2. Dezember 2019 wurden die Inhalte des Forderungskatalogs zur Reduzierung von Motorradlärm zu diskutiert.

Am 13. Februar 2020 wurde im Rahmen einer Landespressekonferenz die Initiative Motorradlärm und der Forderungskatalog durch Verkehrsminister Winfried Hermann (MdL), den Lärmschutzbeauftragten Thomas Marwein (MdL) und der Bürgermeisterin von Sasbachwalden, Sonja Schuchter, als Sprecherin der kommunalen Mitglieder der Initiative vorgestellt.

Das gemeinsame Problem „Motorradlärm“ eint viele Städte, Gemeinden und Landkreise. Bei einem Fototermin wurde die breite Unterstützung der Forderungen zur Reduzierung von Motorradlärm bildlich festgehalten.

Mitglieder:

Stand 29. April 2020 sind 95 Mitglieder der Initiative beigetreten, davon 87 Städte und Gemeinden und acht Landkreise (siehe Anlage).

Forderungen

Der Verkehrsminister des Landes Baden-Württemberg, der Lärmschutzbeauftragte der Landesregierung von Baden-Württemberg und die der Initiative beigetretenen Städte, Gemeinden und Landkreise aus Baden-Württemberg fordern, dass alle bestehenden Handlungsmöglichkeiten ergriffen werden, um Motorradlärm wirkungsvoll zu reduzieren. Die rechtlichen Möglichkeiten, die das Land und die Kommunen haben, um Motorradlärm wirkungsvoll einzudämmen, sollen ausgeschöpft werden. Doch sind diese Möglichkeiten durch ungenügende europäische Genehmigungs- bzw. Zulassungsregelungen und unzureichende bundesgesetzliche Regelungen begrenzt. Eine Anpassung ist notwendig. Dafür setzt sich die Initiative Motorradlärm ein und fordert:

- Motorräder müssen leiser werden;
- Motorräder müssen leiser gefahren werden;
- Rücksichtsloses Fahren muss deutliche Folgen haben.

Die Forderungen im Detail

1. Genehmigungs- und Zulassungsregeln müssen überarbeitet werden.
2. Hersteller und Händler sollen leisere Motorräder herstellen/anbieten.
3. Der Umstieg auf nachhaltige und lärmarme Mobilität ist ein Muss.
4. Motorradfahrer werden aufgefordert, rücksichtsvoll und leise zu fahren.
5. Eine stärkere Verkehrsüberwachung und Ausweitung der Kontrollmöglichkeiten.
6. In besonderen Fällen müssen Beschränkungen und Verbote möglich sein.
7. Eine vorsätzlich lärm erzeugende Fahrweise muss stärker geahndet werden.
8. Der Bund muss eine Lösung finden, damit bspw. "Raser" einer Strafe nicht entgehen können.
9. Alternativ wird zumindest die Einführung einer Halterhaftung gefordert.
10. Es wird eine Pflicht zur Führung eines Fahrtenbuchs gefordert.

Ausblick

Der Forderungskatalog soll an politische Entscheidungsträger bei der Bundesregierung und der Europäischen Union herangetragen werden. Die Initiative Motorradlärm soll über die Landesgrenzen von Baden-Württemberg hinweg beworben werden. Aber auch innerhalb Baden-Württembergs wird es weitere Gespräche geben, z.B. mit interessierten Verbänden und Vereinen. Ziel ist es, den Kreis der Unterstützer zu erweitern und die Forderungen zur Reduzierung von Motorradlärm mit Nachdruck weiter voran zu treiben.